

## **Harburger Rundschau (Beilage Hamburger Abendblatt) vom 3.02.2010**

### **WASSERVERSORGUNG**

#### **CDU und FDP: Heidewasser nur für Hamburgs Bedarf**

**Die Fraktionen von CDU und FDP im Kreistag des Landkreises Harburg haben jetzt einen Antrag zum Thema Heidewasser für Hamburg eingereicht.**

Es müsse sicher gestellt werden, so CDU und FDP, dass der Trinkwasserbedarf der Hansestadt Hamburg aus Grundwasser-Vorkommen der Lüneburger Heide nur insoweit gedeckt werden darf, als dafür keine alternativen Versorgungsmöglichkeiten bestehen.

Wie berichtet, hatte der Kreistag bereits vor dem Bewilligungsverfahren, das jetzt läuft, einen Beschluss gefasst, auf Kreisebene über den Förderantrag von Hamburg Wasser zu entscheiden. In dem Antrag der Mehrheitsgruppe heißt es weiter: Eine Grundwasserförderung ist nur für den für das Versorgungsgebiet direkt nachgewiesenen Trinkwasserbedarf zuzulassen. Diese Forderung zielt auf die Grundwasserförderung der Hamburger in Großhansdorf. Das Wasser aus diesem Werk liefert Hamburg an Lübeck. Diese Lieferungen nach Lübeck hatten bei Bekanntwerden im Landkreis Harburg für Irritation gesorgt. Weiter fordern CDU und FDP, dass Genehmigungen zur Förderung von Trinkwasser aus Grundwasser von mehr als zwei Millionen Kubikmetern pro Jahr grundsätzlich auf maximal zehn Jahre befristet werden dürften. Diese Laufzeiten müssten bei Schäden an Umwelt und Sachwerten oder einer veränderten Bedarfslage kurzfristig angepasst werden können.

Wie berichtet, hat Hamburg Wasser einen Förderantrag über 16,6 Millionen Kubikmeter jährlich für 30 Jahre gestellt.

Hamburg müsse alles daran setzen, so die Mehrheitsgruppe im Kreistag, den Wasserbedarf auf ein angemessenes Maß zu reduzieren und auch nach alternativen Lösungen suchen. CDU-Fraktionschef Dr. Hans-Heinrich Aldag: Wir müssen darauf hin wirken, dass im Bewilligungsverfahren unsere Belange verantwortungsbewusst mit den Interessen Hamburgs abgewogen werden.

Im Umweltausschuss des Landtages in Hannover werden gerade zwei Anträge der Fraktionen Die Grünen und der SPD zum Thema Trinkwasserförderung in der Nordheide diskutiert. Während die Grünen fordern, die Förderung müsse an die Folgen des Klimawandels angepasst werden, also kürzere Laufzeiten und geringere Fördermengen, will die SPD mit ihrem Antrag erreichen, dass zu dem Thema ein Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen angeschoben wird (das Abendblatt berichtete) .

### **LOKALPOLITIK**

#### **Heidewasser beschäftigt den Umweltausschuss des Landtages**

**Bei der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz des niedersächsischen Landtages sei auf Initiative der Grünen eine Anhörung zum Problem der Trinkwasserförderung der Hamburger Wasserwerke in der Nordheide beschlossen worden.**

Das berichtet die grüne Landtagsabgeordnete Miriam Staudte aus Scharnebeck. Die Anhörung werde im April im Umweltausschuss des Landtages stattfinden. Staudte zeigte sich zufrieden mit

dem Beschluss, der von der SPD unterstützt worden sei. Wir haben erreicht, dass der Landtag sich jetzt intensiv inhaltlich mit einem der größten Umweltprobleme der Heideregion beschäftigt. Der Landkreis Harburg bekommt jetzt die notwendige Unterstützung, sagt Staudte.

Sie kritisiert in diesem Zusammenhang die Regierungsfractionen CDU und FDP. Deren Abgeordnete aus der Region würden nur viele Versprechungen machen, politischer Einsatz würde nicht folgen. Die Abgeordnete begründet ihre Kritik damit, dass CDU und FDP im Ausschuss verhindert hätten, dass der Klimaschutz als Ziel in das neue niedersächsische Wassergesetz aufgenommen werde. Staudte: „Die Regierungsfractionen waren auch nicht bereit, den Vorschlag der Grünen zu unterstützen und ausdrücklich im Gesetz eine zeitliche und mengenmäßige Beschränkung von Genehmigungen zur Förderung von Trinkwasser aufzunehmen.“